

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.00 M. Durch die Post 1.70 bezw. 14.30 M. Postgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Hofstraße 11. General Nr. 1915 und 1916. — Anzeigenpreis: Die 10 mm breite Zeile 60 Pf., die 12 mm breite Zeile 70 Pf.; anderwärts: 75 Pf. bezw. 80 Pf. Ausland 1.— bezw. 1.— M. Rabatt 11. Tarif. Sonderbelegungen 10 Pf. pro 1000.

Nummer 580

Samstag, 11. Dezember 1920.

74. Jahrgang

Ministerreden im besetzten Gebiet.

Zwei Notizen.

Berlin, 10. Dez. (Antik.) Die von den Vertretern Belgiens, Englands und Frankreichs am 1. d. M. der deutschen Regierung übergebene identische Note wegen der Mißgisterreisen in das Rheinland hat folgenden Wortlaut:

Die internationalisierte Oberkommission für die besetzten Rheinlande hat die von ihr vertretenen Regierungen auf die Erregung hingewiesen, die unter der Bevölkerung dieses Gebietes durch die kürzlich von den Reichsministern gehaltenen Reden entstanden ist. Die Regierungen Belgiens, Großbritanniens und Frankreichs betrachten es als höchst bedauerlich, daß Mitglieder der deutschen Regierung sich bewegen gefühlt haben, im besetzten Gebiet öffentliche Erklärungen abzugeben, die geeignet sind, dort Unruhe und die Ausführung des Vertrages von Versailles wieder zur Erörterung zu stellen. Insbesondere verwahren sie sich gegen die Behauptungen, welche die durch den Völkerbund rat Kraft des Friedensvertrages in Weimar auf Cupen und Rahmedu getroffenen Entscheidungen anfechten. Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich haben ihre Vertreter in Berlin angewiesen, ernsthafteste Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schweren Folgen hinzuweisen, die derartige Kundgebungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen können, für welche die alliierten Behörden in dem besetzten Gebiete verantwortlich sind. Sie haben ihre Vertreter beauftragt, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß Reisen der Reichs- und Staatsminister in das besetzte Gebiet künftig nur zugelassen werden können, wenn diese hohen Staatsbeamten sich im Verlaufe solcher Besichtigungen jeden Anstoß gegen die Regierungen oder Behörden der Alliierten und gegen den Friedensvertrag enthalten werden. Ich habe die Ehre usw.

In Beantwortung dieser Note in den Vertretern der besetzten Mächte heute folgendes mitgeteilt worden:

Die deutsche Regierung vermaa nach den Berichten, die sie aus dem besetzten Gebiet erhalten hat, nicht anzugeben, daß die Reise des Reichsministers und des Außenministers die Bevölkerung des Rheinlandes beunruhigt habe. Eine solche Wirkung würde auch durchaus dem Eindruck widersprechen, die die Minister auf ihrer Reise persönlich erhalten haben. Nach der Überzeugung der Reichsregierung hat die Reise vielmehr wesentlich zur Veruhigung der Gemüter beigetragen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war in eine höchst erregte, vielfach verzweifelte Stimmung geraten, die sich infolge der Reise merkbar abgeklärt hat. Wenn die Minister aber diese Besserung erleben und der Reichsregierung vollbewußt werden, so konnten sie nicht auf eine Würdigung des Vertrages von Versailles verzichten, auf dessen Bestimmungen jene Lage zurückzuführen ist. Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtmäßigen Ermessen vorbehalten, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von den Reichsministern im besetzten Gebiet persönlich überzeugen und Rückschlüsse mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie lang über den Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen der belgischen, englischen und französischen Regierung abgeben, im Voraus keinerlei verbindliche Zusicherungen abgeben, muß sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Programms, das die Durchführung des Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorzieht, ausdrücklich vorbehalten.

Empfänge in Paris.

Paris, 11. Dez. (Havas.)

Der Ministerpräsident empfing gestern Nachmittag den französischen Botschafter in Berlin, Laurent, und den Kommandierenden der französischen Besatzungsgruppen im Rheinland, General Degoutte.

Entente und Hohenzollernabfindung.

Wie unser Berliner Vertreter erklärt, liegt bereits im Auswärtigen Amt eine amtliche Note wegen der Abfindung des Hohenzollernhauses durch das Deutsche Reich und durch Preußen vor. In dieser Note verlangen die Alliierten, daß die Rechtsgründe dargelegt werden, denen die Abfindungsgehälter an den früheren Kaiser zugrunde liegen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Entschädigungsansprüche der Alliierten unbedingt allen anderen Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches bei privatrechtlichen Auseinandersetzungen vorzuziehen hätten. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, diesen Grundfah, der im Versailler Vertrag festgelegt sei, unter allen Umständen zu wahren.

Hilfe für Kleinrentner.

Dem Unterausschuß für Sozialpolitik machte die Regierung den Vorschlag, jeder Arbeiter und Angestellte solle täglich 10 Pf. Versicherungsgebühr mehr zahlen und der Arbeitgeber für jeden bei ihm Beschäftigten den gleichen Betrag. Die so erwonnene Summe, die auf eine Milliarde Mark geschätzt wird, soll zum Schutze der Kleinrentner verwendet werden. Die Verteilung des Geldes zu Hilfszwecken an Länder und Gemeinden, welche letztere einen bestimmten Prozentsatz auszuschießen haben würden, soll nach einem bestimmten Schema vorgenommen werden. Zur Unterstützung der kleinen Kapitalrentner würde das Reich 50 Millionen Mark ausgeben.

Die Höhe des Schulgeldes.

Am Hauptauschuß der Landesversammlung wurde ein Antrag angenommen, wonach die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten rückgängig gemacht wird. Soweit zurzeit die Unrentabilität des Schulgeldes nicht durchführbar ist, soll seine Höhe nur nach Zustimmung der Landesversammlung festgesetzt werden. Das Schulgeld soll nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern unter Berücksichtigung der Kinderzahl abgemildert werden.

Hauptmann v. Pfeffer verhaftet.

in Berlin, 11. Dez.

Nach einer in Berliner Blättern wiedergegebenen Meldung der „Westfälischen Landeszeitung“ ist der seit Monaten verhaftete Führer des Freikorps Pfeffer, Hauptmann von Pfeffer, auf einem Gute in der Neumark verhaftet worden.

Der neue Präsident Oesterreichs.

Wien, 11. Dez. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, Dr. Heimlich könne als ein warmer Freund des Anschlußgedankens gelten.

Ohne den „Kapitalismus“ geht's nicht!

Moskau, 9. Dez. Eine Kundgebung der Sowjetregierung betonte die Notwendigkeit des Erfolges der abgekauften elektrischen und Dampfanlagen für die Wiederanfrichtung der russischen Wirtschaft. Vor dem Kriege habe Rußland 60 Prozent dieser Anlagen aus dem Ausland bezogen. Da die Goldvorräte und die austauschbaren Waren ganz ungenügend seien, gebe es nur einen Ausweg, Kapitalisten des Westens heranzuziehen und ihnen zur Ausbeutung der Reichtümer des Landes Konzessionen zu bewilligen, namentlich im Norden, wo Rußland unermeßliche Waldreichtümer und Millionen Tschütschen unbenutzten Landes habe. Die Kapitalisten des Westens müßten die Arbeitergehälter Sowjetrußlands anerkennen und außerdem im Ausbeutungsgebiet Fabriken, Werke und Verkehrswege anlegen.

Deutsche Ingenieure für Rußland.

Die Pariser Blätter aus Berlin melden, hat Viktor Kopp, der Sowjetvertreter in Berlin, sechs deutsche Ingenieure für Rußland verpflichtet. Die Verträge sind für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Die Ingenieure erhalten monatlich 2000 Goldrubel, gleichfalls in Gold zahlbare Prämien und Lebensmittel. Ihre Familien erhalten je 100 000 Mark ausbezahlt.

Die Fiume-Angelegenheit.

Rom, 11. Dez. (Havas.)

Nach einer Meldung des „Giornale d'Italia“ war beim Eintreffen des Torpedobootsperkürers „Espero“ in Fiume der Kommandant des Schiffes an eine Kanone auf dem Vorderdeck angebunden und dessen Uniform zerlegt, denn er hätte sich mit dem Revolver zur Wehr gesetzt. Man hätte verteidigt an die Besatzung des revoltierenden Schiffes eine Belohnung von 10 000 Lire.

Kein Rücktritt des deutschen Botschafters in Rom.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, wird Herr von Deerenberg-Göhrler auf seinem Posten als deutscher Botschafter in Rom verbleiben. Er genießt das Vertrauen der Reichsregierung, und man hat aus dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen keine Veranlassung gefunden, ihn von seinem Posten abzurufen. Die Tiroler Frage wird nun als hinreichend geklärt erachtet, nachdem sich die Mißverständnisse in Tirol sowohl als auch in Rom beseitigen ließen.

Das Vorgehen gegen Irland.

London, 11. Dez.

Die Regierung hat mitteilen lassen, daß sie vorerst nur über das südwestliche Gebiet von Irland den Ausnahmezustand verhängt hat, weil dort die größten Verbrechen vorgekommen seien. Dieser Ausnahmezustand werde ohne weiteres auch auf die anderen Gebiete Irlands ausgedehnt werden, wenn dies die Verhältnisse erfordern sollten.

Friedenspreisträger.

Stockholm, 10. Dez. „Nordiska Präzentralen“ meldet aus Kristiania: Laut amtlicher Mitteilung hat das Nobelkomitee im norwegischen Storting den Friedenspreis für 1919 dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, und den Preis für 1920 dem Präsidenten des Völkerbundes, Bourgeois, zugeteilt.

Künstliche Hochhaltung des Baumwollpreises.

Paris, 10. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Memphis (Tennessee) befaßte die Konferenz der Baumwollpflanzer, Händler und Bankiers des südlichen Teiles der Vereinigten Staaten, die nächstjährige Baumwollernte durch Vermeidung der Anbaufläche um die Hälfte herabzusetzen.

Keine Erhöhung des Brotpreises.

Den Gerüchten über eine geplante Verdoppelung des Brotpreises wird fest und schließlich von amtlicher Seite widersprochen. Auf der Konferenz der Ernährungsminister der einzelnen Bundesstaaten, die am 7. Dezember in Weimar stattfanden, hat, erklärte der Reichsernährungsminister, daß die Meldungen von einer geplanten Verdoppelung des Brotpreises völlig unzutreffend seien.

Die Krise in Preußen.

Aus parlamentarischen Kreisen erzählt unser Berliner Vertreter, daß die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung gegenwärtig die Frage in Erwägung zieht, in Verfolg des ausgebrochenen Konfliktes in der preussischen Regierungskoalition aus dem preussischen Kabinett auszuscheiden. Die Mehrheitssozialisten gehen insbesondere von der Auffassung aus, daß sie besser in der Lage seien, den Wahlschlag zu unternehmen, wenn sie die Verantwortung für die Regierungstätigkeit in Preußen ablehnen, da die Demokraten und das Zentrum in Preußen seit geraumer Zeit einen gänzlich neuen Kurs einschlagen, den die Sozialdemokraten nicht mitmachen können. Insbesondere wollen die Mehrheitssozialisten den Weg frei haben, um einen ausgedehnten Enthaltungsfeldzug gegen die bürgerlichen Parteien unternehmen zu können, gegen die sie ungeheuer belastendes Material in der Hand haben wollen.

Die Stellungnahme der Beamten.

Berlin, 11. Dez. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, angeschlossen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, (Vorstand: Volksbildungsminister Stegerwald) hat, wie er mitteilt, in der gestrigen Vorstandssitzung folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften vermag in der vom Reichstag für die Beamten beschlossenen Hilfsaktion keine ausreichende Maßnahme zu erblicken, um der großen Not der Beamenschaft wirksam zu steuern. Wenn er auch anerkennt, daß die Erhöhung der Zuschläge zu den Kinderzulagen, die mit Rückwirkung vom 1. Okt. durchgeführt und noch vor Weihnachten ausbezahlt wird, eine dankenswerte, wenn auch immer noch nicht ausreichende Hilfe den Beamtenfamilien mit Kindern bewährt, so bedauert er doch, daß sich Reichstag und Regierung nicht entschließen konnten, auch den kinderlosen Familien und den ledigen Beamten einen Zuschuß zu gewähren. Diese Haltung der Regierung und des Reichstages ist um so erkanlicher, als die Reichsregierung durch Zahlung des Januargehältes schon am 15. Dez. selbst angeht, daß die Hilfsaktion nicht ausreicht, um wirklich zu helfen. Mag diese Vorauszahlung des nächsten Monatsgehältes auch für den Augenblick die Not weniger fühlbar machen, so muß diese doch selbstverständlich im Januar um so schärfer auftreten. Die Regierung wird daher ersucht, schon jetzt ihr Augenmerk auf diese unvermeidliche Entwicklung zu richten, um sofort mit geeigneten Maßnahmen für entgegengetreten zu können. Die sofortige finanzielle Inkrustierung des neuen Ortsklassenverzeichnisses, so weit es heute schon nach der unteren Grenze hin feststeht, wird als Erfüllung einer der wesentlichen Forderungen des Gesamtverbandes begrüßt, jedoch erst eine von Kleinlichkeiten sich freihaltende Durchführung dieser Maßnahme wird für einen erheblichen Teil der deutschen Beamenschaft wertvoll machen. Die reichlichere Dotierung des Unterstützungsfonds ist anzuerkennen; doch will die Beamenschaft nicht auf Unterhaltungen angewiesen sein, sondern einen Rechtsanspruch auf die gesamten Bezüge besitzen. Die Forderung nach Beibehaltung der Betriebszulage und nach Herabsetzung des § 25 des Besoldungsgesetzes wird nachdrücklich wiederholt. Die Nichterfüllung dieser Forderungen würde den Eindruck der jetzt gefassten Beschlüsse in verhängnisvoller Weise vernichten. — Hinsichtlich der Arbeiterforderungen ergeht an die Regierung und den Reichstag das dringende Ersuchen, die Verhandlungen im Geiste des Entgegenkommens so beschleunigt zum Abschluß zu bringen, daß auch hier noch vor Weihnachten eine finanzielle Auswirkung möglich ist. Von der endgültigen Gestaltung dieser letzteren Beschlüsse macht der Gesamtverband sein weiteres Verhalten abhängig. Er wird dazu endgültig Stellung nehmen, sobald die Beschlüsse des Reichstages vorliegen.

Urabstimmung über den Streik.

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -angewandter hat auf seiner gestrigen Tagung beschlossen, in Gemeinschaft mit dem Deutschen Beamtenbund eine Urabstimmung unter den Mitgliedern beider Organisationen vorzunehmen, die auszuweisen soll, ob die organisierte Beamenschaft zur Erlangung der Lebensnotwendigkeiten das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden willens sei.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -angewandter tagte gestern in Berlin. Momentlich die Vertreter der besetzten Gebiete und des Ruhrreviers sprachen sich sehr ernst aus. Auf Grund von Verhandlungen, die heute im Reichsverkehrsministerium stattfanden, will der erweiterte Vorstand am Sonntag seine Entscheidung treffen.

